Wissenschaft im Fadenkreuz

Festrede auf der DFG-Jahresversammlung 2025

Dienstag, 1. Juli 2025, Altonaer Fischauktionshalle

Professorin Dr. Katja Becker

Präsidentin der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG)

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

viel wird derzeit gesprochen über Wissenschaftsfeindlichkeit. Über Angriffe auf die Wissenschaft. Und oft klingt es abstrakt, fernab, wie ein Geist, der herüberwandert aus grauer autokratischer oder imperialer Vorzeit. Einer, gegen den wir immun wären, wie wir dachten in unserem rechtsstaatlich geprägten Europa.

Doch: „Es ist mit der Selbstverständlichkeit der Demokratie in aller Welt eine zweifelhafte Sache geworden“.[1] Treffender ließe sich die Diagnose aktuell kaum stellen. Aber dieser Satz stammt nicht von mir, nicht einmal aus diesem Jahrhundert. Es war Thomas Mann, der diese Beobachtung 1938 in eine Rede einfließen ließ.

Auch jetzt befinden sich Demokratie und Wissenschaft wieder im Fadenkreuz. Und wir sind mittendrin. Wie die viel zitierten Schlafwandler sind wir dort hingeraten, schon wieder und schon viel zu lange. Und wir sehen: Dort, wo die Demokratie Schaden nimmt, wird auch die Wissenschaft in Mitleidenschaft gezogen – und umgekehrt. Und was der Wissenschaft irgendwo passiert, darunter leidet sie – und in der Folge auch Wirtschaft und Gesellschaft – nicht nur dort, sondern weltweit. Erst vor wenigen Tagen hat auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in einer Rede darauf hingewiesen.

Wenn Wissenschaftler*innen und ihre Institutionen zum Ziel militärischer Angriffe werden, ist das ungeheuerlich. Aktuell aber bricht sich auch in den Demokratien in vielerlei Form eine wahre Hexenjagd Bahn – von der Diskreditierung

[1] Thomas Mann, Vom zukünftigen Sieg der Demokratie, in: Thomas Mann: Zur Verteidigung der Demokratie. Politische Schriften, hrsg. von Matthias Löwe und Kai Sina, Fischer Verlag: Frankfurt a. M. 2025, S. 140.

wissenschaftlicher Erkenntnis über die Diffamierung und Diskriminierung von Forschenden bis zu offenen Drohungen und Schlimmerem.

Gezielte Anfeindungen wie diese beobachten wir derzeit in vielen Staaten der Welt. Zusammen mit jenen gegen das Gerichtswesen und die freie Presse dienen sie, das müssen wir uns klar vor Augen halten, dem Machtaufbau nach autokratischer Methode.

Amerika (oder: Die Orwell'sche Tilgung)

Der eingangs gestellten Diagnose lässt Thomas Mann den Nachsatz folgen: „– auch in Amerika". Er schreibt weiter: „Dass Demokratie heute kein gesichertes Gut, dass sie angefeindet, von innen und außen schwer bedroht, dass sie wieder zum Problem geworden ist, das spürt auch Amerika."[2]

Seit Jahresbeginn vergeht kaum ein Tag, ohne dass die Wissenschaft in den USA immer neuen Repressionen ausgesetzt ist. Wir alle, die Wissenschaftsgemeinschaft hier in Deutschland ebenso wie weltweit, verfolgen diese Entwicklung mit Entsetzen. Wir sind erschüttert, in welch unvorstellbarem Ausmaß die Wissenschaftsfreiheit und die akademische Unabhängigkeit aus politischem Kalkül heraus beschnitten werden. Wie Forschungsarbeit behindert – ja: vernichtet – wird und wissenschaftliche Ergebnisse zensiert, verzerrt und manipuliert werden.

Sie kennen die Lage: Institutionen und Projekte verlieren ihre Förderung, zahllose Wissenschaftler*innen ihre Anstellung und ausländische Forschende und Studierende ihren Aufenthaltstitel. Die Orwell'sche Tilgung von Schlüsselbegriffen und die scheinbar willkürlichen Streichungen von Fördermitteln dienen als Instrument der Machtausübung. Die Unabhängigkeit der Wissenschaft wird systematisch eingeschränkt, ihre Integrität gezielt untergraben und ihre Prinzipien für politische Zwecke instrumentalisiert. Und durch die verordnete Abschottung sieht sich das einst weltweit führende amerikanische Wissenschaftssystem zunehmend in die Isolation gedrängt. Unabhängige Forschung wird massiv eingeschränkt; man möchte fast sagen: vertrieben und verfolgt.

Was wir sehen, ist nicht einfach eine neue Wissenschaftspolitik von rechts außen. Es ist „Krieg gegen die Wissenschaft", und sogar schärfer noch, als ihn der Journalist und Pulitzer-Preisträger Chris Mooney vor 20 Jahren kommen sah.[3] Einer, in dem gestrichene Gelder, verbogenes Recht und aufgezwungene Ideologie systematisch eingesetzt werden, um unabhängig und eigenständig denkende Menschen in die Knie zu zwingen.

---

[2] Thomas Mann, Vom zukünftigen Sieg der Demokratie, in: Thomas Mann: Zur Verteidigung der Demokratie. Politische Schriften, hrsg. von Matthias Löwe und Kai Sina, Fischer Verlag: Frankfurt a. M. 2025, S. 140.
[3] Chris Mooney, The Republican War on Science, Basic Books: New York 2005.

All dem kann man nicht einfach zusehen. Jetzt ist die Zeit, aufzustehen und Zeichen zu setzen. Denn all dies passiert ausgerechnet in einem unserer engsten Partnerländer; in einem Land, in dem wir so etwas bisher für unmöglich gehalten hätten. Ein Partnerland, das bisher nichts weniger war als der Fixstern der freien Welt, der Leuchtturm exzellenter unabhängiger Wissenschaft und, nicht zuletzt, ‚The Land of the Free', der Inbegriff der Unabhängigkeit und der Sehnsuchtsort unabhängiger Denkerinnen und Denker.

Das Gebot der Stunde

Solidarität ist nun das Gebot der Stunde. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft steht fest an der Seite bedrohter und verfolgter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler – und wir setzen uns weltweit für Wissenschaftsfreiheit, Weltoffenheit und selbstverständlich auch für Chancengleichheit ein.

Unsere Solidarität gilt auch den Forschungseinrichtungen und unseren Partnerorganisationen in den USA. Uns verbindet eine jahrzehntelange, höchst erfolgreiche transatlantische Forschungszusammenarbeit, die sich durch herausragenden Erkenntnisgewinn bewährt hat. Diese bestehenden Kooperationen halten wir aufrecht und suchen gleichzeitig neue Wege der wissenschaftlichen Zusammenarbeit, in der bilateralen Kooperation ebenso wie im weltweiten Austausch.

Unser größter Respekt gilt außerdem all jenen Kolleg*innen und Institutionen, die ihre Stimme erheben und sich auch auf juristischem Wege zur Wehr setzen. Gemeinsam mit ihnen vertrauen wir auf die Fähigkeit des amerikanischen Rechtsstaats und seiner unabhängigen Gerichte, die Freiheit von Forschung und Lehre zu schützen.

Die wissenschaftlichen Communities und ihre globalen Netzwerke durch internationale Zusammenarbeit zu stärken, ist jetzt wichtiger denn je. Dafür bieten wir ganz konkrete Unterstützung: durch neue Forschungsabkommen, durch gemeinsame Publikationen, durch Einladungen zu Konferenzen, durch den Austausch und die Sicherung von Forschungsdaten.

Denn was in den USA geschieht, hat längst auch Folgen für die wissenschaftliche Arbeit auf der ganzen Welt. Alle Fachgebiete sind davon betroffen. Gestatten Sie mir, Ihnen ein Beispiel aus der Perspektive einer Infektionsforscherin zu geben: Viele Kolleginnen und Kollegen in den USA können aktuell nicht mehr frei denken und arbeiten – sofern sie nicht ohnehin längst entlassen wurden. Sie können fachlich einschlägige Datenbanken nur noch limitiert nutzen, können nicht mehr frei reisen und müssen auf den wissenschaftlichen Austausch auf Tagungen verzichten. Wird ihre Forschung durch das Gesundheitsministerium gefördert, wird ihre Möglichkeit, in

hoch renommierten internationalen Fachzeitschriften zu publizieren, eingeschränkt. Stattdessen sollen neue, ministeriumseigene Organe genutzt werden.
Zudem werden etablierte Impfprogramme eingestellt, und selbst der gesamte Beratende Ausschuss für Immunisierungsverfahren (ACIP) wurde entlassen. Globale Vernetzungsstrukturen der Infektiologie werden zerschlagen und Vorkehrungen gegen potenziell neu auftretende Infektionswellen gestoppt. Und überdies bricht den für die Infektionsforschung unverzichtbaren Kooperationspartnern in Afrika und anderen Teilen der Welt abrupt die Finanzierung weg.

Die mittel- bis langfristigen Folgen dieser vorsätzlichen Demontage sind kaum absehbar. Die ausbleibende Forschung und die unzähligen Erkenntnisse, die dadurch erst verspätet gewonnen werden, werden der Gesellschaft und Wirtschaft grenzübergreifend schaden. Allein im Gesundheitsbereich ist schon jetzt nicht nur ein massiver Verlust von Wissensfortschritt zu beklagen. Aufgrund der drastischen Mittelkürzungen für Gesundheitsprogramme zeichnen sich im Kampf gegen HIV, Tuberkulose und andere Krankheiten überdies Millionen vermeidbarer, zusätzlicher Todesfälle ab.

Wenn man so will, stehen wir in einer doppelten historischen Verantwortung: einer für die Zukunft von Wissenschaft, Gesellschaft und globalem Zusammenleben weltweit, und einer aus unserer eigenen Vergangenheit. Denn die USA sind auch *das* Land, in dem so viele Intellektuelle und Literat*innen Zuflucht suchten und fanden, als Deutschland ihnen keine Heimat mehr bot. „Als die Zerstreuung der deutschen Gelehrten im Jahre 1933 einsetzte“, wie Walter Benjamin 1938 beobachtete, hat „die Solidarität der gelehrten Welt […] in den großen Demokratien, zumal in Frankreich und in Amerika, diesen deutschen Forschern mehr gegeben als eine Freistätte.“[4]

Der Forschungsstandort Deutschland trägt an dieser Stelle also in der Tat – und auch aus europäischer Perspektive – eine besondere Verantwortung. Die DFG begrüßt daher die 1.000 Köpfe Plus-Initiative der Bundesregierung ausdrücklich. Die Initiative kommt genau zur richtigen Zeit. Sie ermöglicht es internationalen Spitzenwissenschaftler*innen, ihre Arbeiten mit freier Wahl von Thema und Methode unter exzellenten Rahmenbedingungen weiterzuverfolgen. Gleichzeitig unterstützt sie das Konzept der weltweiten Brain Circulation, das vom deutschen Wissenschaftssystem seit Jahren aktiv gelebt und gefördert wird.

Und ja, auch das deutsche Wissenschafts- und Innovationssystem wird durch die Initiative gestärkt. Vor allem aber stärkt sie die weltweite Wissenschaft und ihre Erfolgsaussichten im Kampf gegen Klimawandel, Fluchtbewegungen, Energiekrisen, Pandemien und vieles mehr. Mit ihr setzen wir gemeinsam ein entschiedenes

[4] Walter Benjamin, Ein deutsches Institut freier Forschung, in: Walter Benjamin, Gesammelte Schriften, Bd. 3: Kritiken und Rezensionen, hrsg. von Hella Tiedemann-Bartels, Suhrkamp: Frankfurt a.M. 1991, S. 518f.

Zeichen für die Freiheit, die Offenheit und die Zukunft nicht nur der Wissenschaft, sondern auch unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens und Überlebens.

Wo (noch) Vertrauen herrscht

Natürlich: In Deutschland haben wir zum Glück weiterhin sehr gute Voraussetzungen. Neben der grundgesetzlich geschützten Wissenschaftsfreiheit ist auch das Vertrauen der Gesellschaft in Wissenschaft und Forschung nach wie vor groß. Und auch die Politik baut auf die Innovationskraft wissenschaftlicher Erkenntnisse. Davon zeugt insbesondere der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD mit seinem klaren Bekenntnis zur Wissenschaftsfreiheit und einem starken Forschungs- und Innovationsstandort Deutschland.

Wie gut und vertrauensvoll diese Zusammenarbeit de facto funktioniert, zeigte sich zuletzt wohl nirgendswo eindrucksvoller als in der Sitzung der Exzellenzkommission Ende Mai in Bonn. Es war in der Tat ein bemerkenswertes zeitliches Zusammentreffen: Am selben Tag, an dem der Harvard University die Aufnahme ausländischer Studierender untersagt wurde, fielen in Deutschland die Förderentscheidungen in der Förderlinie „Exzellenzcluster“ der Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder. Größer hätte der Kontrast kaum sein können: hier die in Einvernehmen und gegenseitigem Vertrauen zwischen Wissenschaft und Politik getroffenen Entscheidungen über die Förderung zukunftsträchtiger Forschung – dort die Wissenschaft im Fadenkreuz und in akuter Gefahr, langfristig beschädigt zu werden.

Für mich persönlich und für viele andere im Raum war dies ein besonderer Moment. Von der eingehenden Diskussion der fundierten Empfehlungen des mit internationalen Spitzenwissenschaftler*innen besetzten Expertengremiums bis zur Auswahl der neuen Exzellenzcluster: Wie unter einem Brennglas wurde deutlich, was Politik und Wissenschaft gemeinsam erreichen können, wenn sie einander mit größter Wertschätzung zuhören, sich austauschen und nach wissenschaftlichen Qualitätskriterien gemeinsam Entscheidungen treffen.

Im persönlichen Gespräch mit den Mitgliedern des Expertengremiums und auch bei meinem anschließenden Besuch von Partnerorganisationen der DFG in Lateinamerika wurde dabei eines immer wieder sehr deutlich: Um unsere Solidarität einlösen zu können, aber auch um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, müssen wir unsere Wissenschaftssysteme in Europa und hier in Deutschland noch resilienter gestalten.

Aus dem Fadenkreuz kommen

Denn auch hierzulande verzeichnen wir leider eine zunehmende Wissenschaftsfeindlichkeit. Kolleg*innen aller Fachgebiete sowie Mitglieder der DFG

berichten uns davon. Die Klima- und die Biodiversitätsforschung sind ebenso betroffen wie viele Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften und selbst die Medizin. Dabei beschränken sich die Angriffe keineswegs auf die sozialen Medien; sie betreffen uns hier und jetzt.

Schon vor einigen Jahren mussten wir selbst mitten in der EU mitansehen, wie aus ideologischen Gründen trotz allen Protestes Mittel für Universitäten gekürzt, regimekritische Professor*innen entlassen, wissenschaftliche Gremien mit politischen Gefolgsleuten neu besetzt und sogar eine ganze Universität vertrieben wurde.

Wie also können wir, neben der Solidarität mit den Betroffenen, unser Wissenschaftssystem schützen, Wissen sichern und Strategien gegen mögliche systematische Eingriffe in die Unabhängigkeit der Wissenschaft entwickeln?

Gewiss können wir uns nicht länger auf die Verfügbarkeit von Datenbanken, Publikationsplattformen, Forschungssoftware und Forschungsinfrastrukturen im Ausland verlassen. Hier brauchen wir europäische Lösungen, um Daten für die Forschung nutzbar, Kosten und Aufwand aber zugleich im Rahmen zu halten. Ebenso benötigen wir Handlungsoptionen gegen die willkürliche Streichung von Fördermitteln, die Abschaffung oder ausbleibende Neubesetzung unbequemer Professuren sowie die Anfeindung einzelner Wissenschaftler*innen.

Aus diesem Grund hat der Senat der DFG im Frühjahr eine neue Arbeitsgruppe eingesetzt. Sie verfolgt das Ziel, die Freiheit und die institutionelle Autonomie der Wissenschaft in Deutschland langfristig zu schützen. Genau genommen ist die spontane Initiative zu ihrer Gründung bereits ein hervorragender Ausweis der Resilienz wissenschaftlicher Selbstverwaltung. Ich freue mich sehr über das große Engagement unserer Senatsmitglieder und möchte Ihnen an dieser Stelle ganz herzlich dafür danken.

Gemeinsam Verantwortung übernehmen

Gleichzeitig ist uns allen bewusst, dass wir die Freiheit und Unabhängigkeit der Wissenschaft nur gemeinsam bewahren können. Im Folgenden möchte ich Ihnen dafür beispielhaft drei Ansatzpunkte skizzieren:

Erstens sollten Wissenschaft und Politik gemeinsam mögliche Einfallstore für die Einflussnahme auf die Inhalte und die Finanzierung der Forschung schließen. Hier ist es zum einen wichtig, mögliche Auswirkungen von Sperrminoritäten, Koalitionsbeteiligungen und Ämterbesetzungen durch Vertreter*innen wissenschaftsfeindlicher Kräfte abzuwägen. Zum anderen sollten geeignete Maßnahmen zum Schutz der Wissenschaftsfreiheit ergriffen werden. Diese sollten auch Durchgriffe auf die finanzielle Unabhängigkeit und die langfristige

Planungssicherheit der Wissenschaft erschweren, zum Beispiel über den Pakt für Forschung und Innovation und die Exzellenzstrategie.

Zweitens sollten die Organisationen und Institutionen des Wissenschaftssystems noch enger zusammenstehen, wie dies etwa im Rahmen der Allianz gelebt wird. Gemeinsam und frühzeitig müssen sie auf institutioneller Ebene präventive Maßnahmen gegen demokratie- und verfassungsfeindliche Eingriffe in die Wissenschaftsfreiheit und die Instrumentalisierung wissenschaftlicher Selbstverwaltung ergreifen. Dies betrifft die ideologisch motivierte Einflussnahme auf die Wahl von Themen und Methoden der Forschung ebenso wie auf Förderentscheidungen. Hierfür gilt es nicht nur, die Standards guter wissenschaftlicher Praxis zu sichern. Vielmehr müssen auch die Mechanismen der wissenschaftlichen Selbstverwaltung, insbesondere die Wahl-, Geschäfts- und Verfahrensordnungen ihrer Gremien, auf Krisenfestigkeit geprüft und bei Bedarf besser geschützt werden. Um diesen Ansatz nicht zu konterkarieren, ist es wichtig, dass die Gremien diese Schutzkonzepte und Präventionsmaßnahmen eigenständig entwickeln und in die Umsetzung bringen.

Drittens sollten wir auch unsere individuelle Resilienz als Wissenschaftler*innen stärken. Denn Wissenschaftsfeindlichkeit kann uns auch persönlich treffen, in Form von destruktiver Kritik und Herabwürdigung von Forschungsergebnissen, von Beleidigungen und Drohungen oder gar von tätlicher Gewalt. Darum müssen wir konkrete Schutzkonzepte entwickeln und diese mit klaren Zuständigkeiten strukturell verankern – sei es in der Akuthilfe für betroffene Individuen und Institutionen, sei es für die Unterstützung in langwierigen Gerichtsverfahren oder sei es bei der ganz persönlichen Stärkung der inneren Resilienz.

Bei all dem können wir darauf bauen: Wissenschaftliche Erkenntnis lässt sich nicht verbieten. Wissen und Erkenntnis haben sich, historisch gesehen, aller Repressionsversuche zum Trotz noch immer durchgesetzt. Denken Sie nur an die vergeblichen Versuche, etwa die sokratische Neuausrichtung der Philosophie, die kopernikanische Wende oder die weitere Entwicklung der im Dritten Reich und in der Sowjetunion unterdrückten Disziplinen aufzuhalten. Wissenschaftlich fundiertes Wissen lässt sich nicht zähmen, nicht beherrschen und wenn, dann auch nur zeitweise aus einem Land drängen.

Wie Hannah Arendt es mit den Worten von Kant einst treffend auf den Punkt brachte: Dieses Wissen „vergißt sich nicht mehr“.[5]

Herzlichen Dank!

[5] Hannah Arendt, Die Freiheit, frei zu sein. Mit einem Nachwort von Thomas Meyer. Aus dem amerikanischen Englisch übersetzt von Andreas Wirthensohn, DTV: München 2018, S. 11.